

STEPHAN SCHULMEISTER

REALKAPITALISMUS, FINANZKAPITALISMUS UND BESCHÄFTIGUNGSDYNAMIK¹⁾

VORTRAG IM RAHMEN DER VER.DI-FACHTAGUNG „NACHHALTIGKEITSSTRATEGIEN FÜR
WACHSTUM UND BESCHÄFTIGUNG“ AM 4. SEPTEMBER 2002 IN BERLIN

Zwei Fragen stehen im Zentrum meines Referats:

- Warum herrschte in der ersten Hälfte der Nachkriegszeit in Europa fast 15 Jahre lang Vollbeschäftigung (obwohl die Arbeitsmärkte viel rigider waren als heute), warum hat sich die Lage seither so sehr verschlechtert?
- Warum sind in den USA in der wachstumsschwachen Phase seit 1973 viel mehr Arbeitsplätze geschaffen worden als in Europa?

Der Vortrag behandelt den „Regimewechsel“ von anhaltender Vollbeschäftigung zu steigender Arbeitslosigkeit durch einen Vergleich von zwei Erklärungsansätzen: die neoliberale Hypothese geht davon aus, dass über Beschäftigung am Arbeitsmarkt entschieden wird, die „systemische“ Hypothese nimmt hingegen an, dass die Beschäftigungsentwicklung von der gesamtgesellschaftlichen (In)Kohärenz abhängt und damit von der Interaktion verschiedener ökonomischer, sozialer und politischer Variabler. Dabei können zwei Kombinationen dieser Variablen unterschieden werden:

- Im Realkapitalismus werden die Anreize in systematischer Weise so gesetzt, dass sich das unternehmerische Gewinnstreben (nur) in der Realwirtschaft entfalten kann, das damit verbundenen hohe Wirtschaftswachstum ermöglicht anhaltende Vollbeschäftigung, einen Ausbau des Sozialstaats und eine Rückführung der Staatsverschuldung (dieses „Regime“ charakterisierte die erste Hälfte der Nachkriegszeit).
- Im seit Anfang der siebziger Jahre zunehmend dominanten Finanzkapitalismus verlagert sich das Gewinnstreben zu Finanzveranlagung und –spekulation; die damit verbundene

¹⁾ Die wichtigsten Aussagen dieses Referats beruhen auf einer umfangreichen Studie (Die Beschäftigungsdynamik in den USA im Vergleich zu Deutschland und Japan, WIFO-Studie im Auftrag des AMS Österreich, 1998). Obwohl seither mehr als 4 Jahre vergangen sind, haben die Hauptthesen durch die zwischenzeitliche Entwicklung nicht nur nichts an Aktualität eingebüßt, sondern eher zusätzliche Bestätigungen bekommen. Im Hinblick auf die Dokumentation der empirischen Evidenz muss auf die Studie selbst verwiesen werden.

Wachstumsabschwächung ist die wichtigste Ursache für steigende Arbeitslosigkeit und Staatsverschuldung, eine zunehmend ungleiche Einkommensverteilung und eine Schwächung des Sozialstaats.

1. Die neoliberale Hypothese

Nach der neoliberalen Hypothese bestimmen Angebot und Nachfrage am Arbeitsmarkt die Höhe der Reallöhne und das Beschäftigungsniveau. Steigt die Arbeitslosigkeit als Folge von „Schocks“ wie etwa den beiden Ölpreissteigerungen an, so können die Beschäftigungsverluste nur durch eine Reallohnzurückhaltung wettgemacht werden; dies erfordert eine hohe Lohnflexibilität, welche durch Arbeitslosenunterstützungen und sonstige „Rigiditäten“ wie Kündigungsschutz, Mindestlöhne und die Macht der Gewerkschaften eingeschränkt wird.

Abbildung 1: Produktivität und Reallöhne

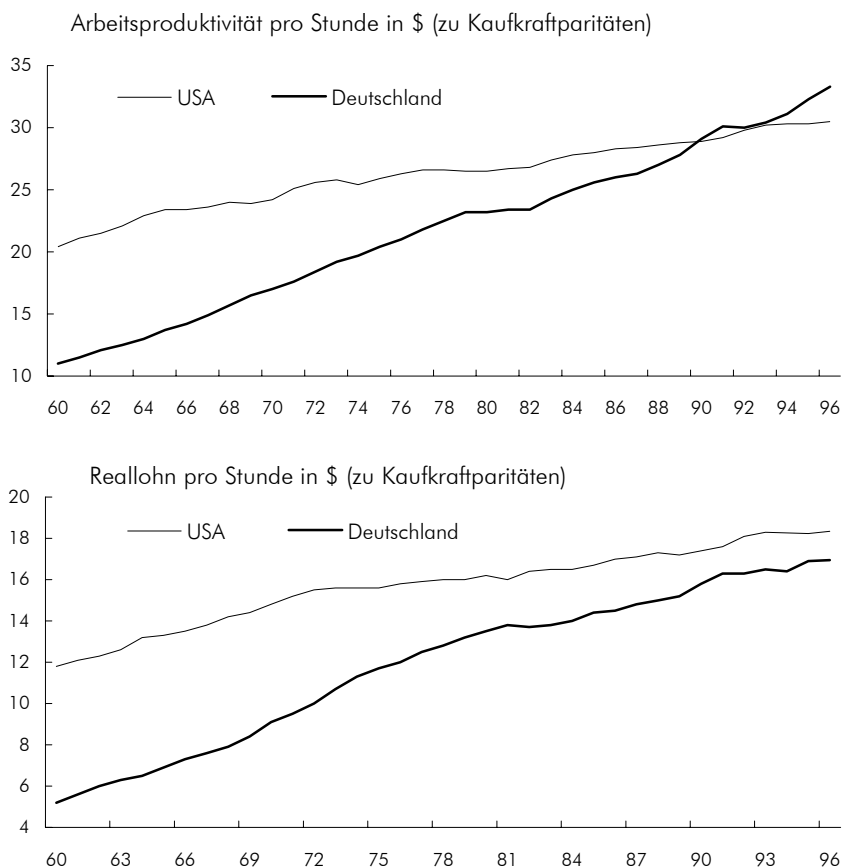
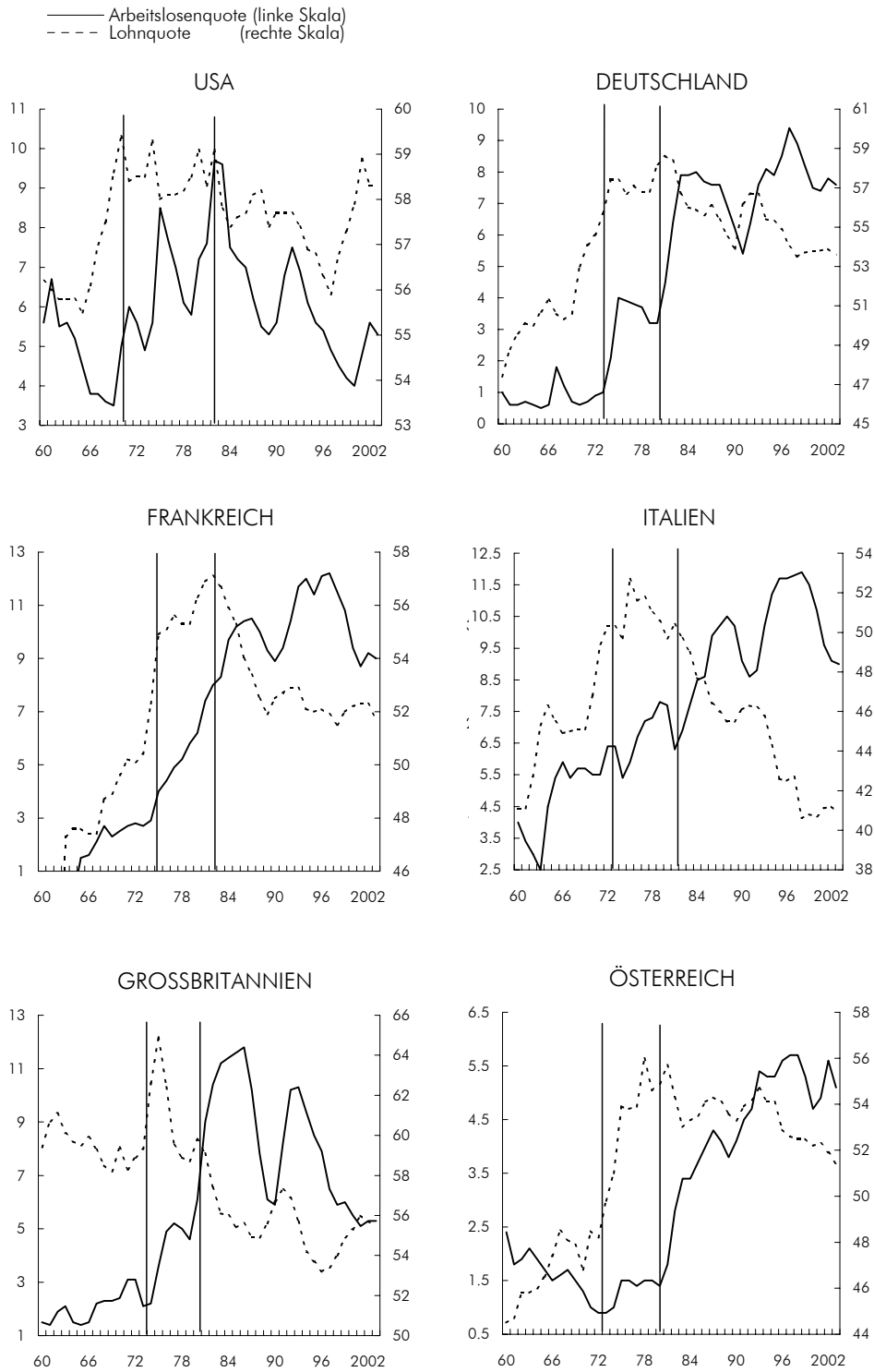


Abbildung 2: Arbeitslosen- und Lohnquoten im Ländervergleich



Als Bestätigung dieser Hypothese wird die unterschiedliche Entwicklung in den USA und Europa angeführt; weil es in den USA keinen Arbeitnehmerschutz gibt, die Arbeitslosengelder und Mindestlöhne niedrig und der Einfluss der Gewerkschaften gering sind, hätten sich Niveau und Streuung der Reallöhne den Strukturverschiebungen angepasst: zwar wachsen die Reallöhne in den USA in den letzten 30 Jahren kaum mehr, während gleichzeitig ihre Verteilung immer ungleicher wurde, dafür ist aber die Beschäftigung stark gestiegen. In der „rigiden“ EU hingegen nahmen die Reallöhne um mehr als 50% zu, die Beschäftigung wuchs aber nur geringfügig.

Eine Reihe von Beobachtungen lässt die empirische Relevanz dieses Kausalzusammenhangs fragwürdig erscheinen:

- Der Beitrag des Faktors Arbeit zu den Produktionskosten ergibt sich nicht aus der Entwicklung der Reallöhne allein, sondern nur in Relation zur Arbeitsproduktivität; während sich in den USA Reallöhne und Arbeitsproduktivität in den letzten 30 Jahren parallel entwickelten (nämlich nur schwach stiegen), wuchs in Deutschland die Produktivität des Faktors Arbeit (noch) rascher als seine Entlohnung (Abbildung 1):
- Dementsprechend blieb die Lohnquote in den USA annähernd konstant, in Deutschland ist sie hingegen seit 20 Jahren gesunken- gleichzeitig nahm die Arbeitslosigkeit in Deutschland zu, in den USA hingegen ab. In der Vollbeschäftigungsphase war die Lohnquote umgekehrt in Deutschland (und generell in Europa) deutlich gestiegen (Abbildung 2):
- Das im Vergleich zu den USA viel höhere Wachstum der Arbeitsproduktivität in Europa widerspricht der neoliberalen Hypothese: wäre die „Rigidität“ der europäischen Arbeitsmärkte von großer Bedeutung, so müsste sich dies auch in einer weniger effizienten Allokation der Arbeitskräfte und damit in schwächerem Produktivitätswachstum äußern.
- Die Streuung der Arbeitslosenquote nach Regionen, Alter, Geschlecht und Qualifikationsniveau ist in den „flexiblen“ USA höher als im „rigiden“ Deutschland, in Italien oder Frankreich - wären Lohnzurückhaltung und Lohnflexibilität die Hauptursachen für des Beschäftigungswachstum in den USA, so müsste genau das Gegenteil zu beobachten sein.
- Besonders markant zeigt sich dieser Widerspruch an der Entwicklung von Arbeitslosenquote und Lohnniveau nach Qualifikationsstufen: obwohl die „wage dispersion“ in den USA bei weitem am stärksten zugenommen hat, stieg die relative Arbeitslosenquote der "less skilled" in den USA an und ist wesentlich höher als etwa in Deutschland.

Auch durch detaillierte Analysen wie jene der OECD im Rahmen der „Jobs Study“ lässt sich ein (positiver) Zusammenhang zwischen der Höhe der Arbeitslosenunterstützung und der Arbeitslosigkeit nicht belegen.

- Je größer der Einfluss von „Rigiditäten“, desto geringer müsste die Fluktuationsrate am Arbeitsmarkt sein; tatsächlich sind die „rates of turnover“ in vielen europäischen Ländern mit

hoher Arbeitslosigkeit wie Frankreich, Italien, Dänemark oder Schweden größer als in den USA.

- Je rigider der Arbeitnehmerschutz, desto größer müsste die „bargaining power“ der Insider und damit der Anstieg der Lohnquote sein. Tatsächlich ist das Wachstum der Reallöhne in Europa viel stärker hinter jenem der Arbeitsproduktivität zurückgeblieben als in den USA.

Die Widersprüche zwischen den Erwartungen der neoliberalen Hypothese über die Ursachen von Arbeitslosigkeit und der empirischen Evidenz legen es nahe, das Fundament dieser Hypothese empirisch zu untersuchen, die neoklassische Produktionsfunktion.

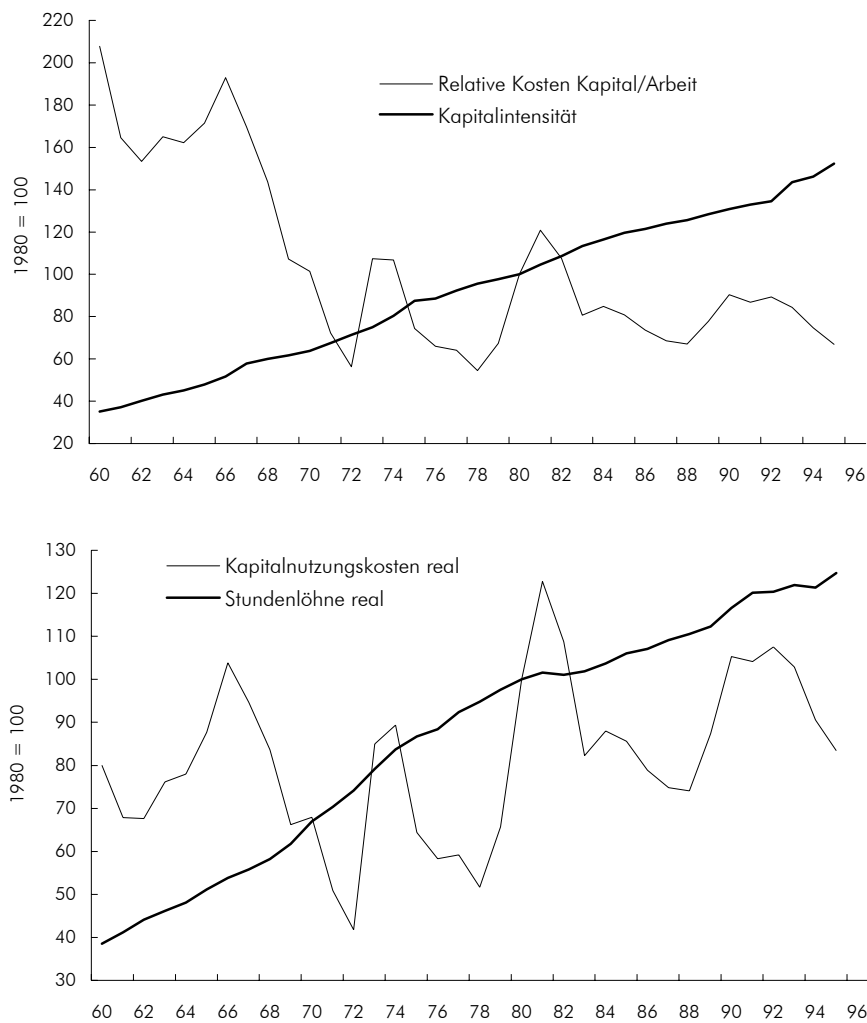
2. Einsatz und Preise von Kapital und Arbeit

Das Fundament der neoliberalen Erklärung der Arbeitsnachfrage bildet eine (neoklassische) Produktionsfunktion, in welcher der Einsatz von Kapital und Arbeit substituierbar ist, und zwar in Abhängigkeit von den relativen Faktorpreisen: wird Arbeit im Vergleich zu Kapital billiger, so wird arbeitsintensiver produziert, im umgekehrten Fall kapitalintensiver. Angesichts der skizzierten Widersprüche zwischen den Aussagen der neoliberalen Hypothese und der empirischen Evidenz untersucht die Studie die tatsächliche Entwicklung von Faktoreinsatz, Faktorpreisen und Produktion in den USA, Deutschland und Japan seit 1960. Dabei ergaben sich folgende „stylized facts“:

- Die Arbeitsproduktivität wächst in der Industrie sowie in der Gesamtwirtschaft annähernd gleichschrittig mit der Kapitalausstattung je Arbeitsplatz (Kapitalintensität), im Bereich der traditionellen Dienstleistungen langsamer, im Verkehrs- und Kommunikationswesen rascher.
- Die Kapitalintensität wächst in jedem Jahr, und zwar unabhängig von den Faktorpreisen; so dämpfte die enorme Verteuerung von Kapital relativ zur Arbeit als Folge der Hochzinspolitik Ende der siebziger Jahre (in Deutschland nochmals Anfang der neunziger Jahre) den Einsatz von Kapital relativ zur Arbeit nicht (Abbildung 3).
- Wie Abbildung 3 zeigt, besteht kein Zusammenhang zwischen den Schwankungen der relativen Faktorpreise und der stetigen Zunahme der Kapitalausstattung der Arbeitsplätze (in ihr „materialisiert“ sich der irreversible technische Fortschritt)
- Die starken Schwankungen der relativen Faktorpreise sind eine Folge der Volatilität der Kapitalkosten, die Stundenlöhne entwickeln sich stabil, da sie sich an der Arbeitsproduktivität orientieren; die Instabilität der Kapitalkosten ist wiederum auf die Zinsschwankungen zurückzuführen und damit indirekt auf die Geldpolitik (Abbildung 3).
- In allen drei Ländern ist das Wachstum von Kapitaleinsatz und Produktion nach 1973 auf weniger als die Hälfte gesunken. Gleichzeitig wurde das Produktionspotential von Arbeit und Kapital in viel geringerem Ausmaß genutzt als davor: Die Arbeitslosigkeit nahm zu, die Kapazitätsauslastung des Kapitals ging zurück.

Die Koinzidenz von Wachstumsverlangsamung, geringerer Faktorauslastung und beschleunigtem technischen Fortschritt als Folge der Mikroelektronik lässt es zweifelhaft erscheinen, dass die langfristige Wirtschaftsentwicklung nur durch Angebotsfaktoren bestimmt wird.

Abbildung 3: Kosten und Einsatz von Kapital und Arbeit in der Wirtschaft



3. Die systemische Hypothese

Grundlage dieses Erklärungsansatzes ist eine „dynamisierte“ linear-limitationale Produktionsfunktion:

- Kurzfristig ist das Faktoreinsatzverhältnis fix, eine Outputsteigerung erfordert eine proportionale Erhöhung des Arbeits- und Kapitaleinsatzes, die Arbeitsnachfrage wird deshalb kurzfristig am stärksten von den Produktionserwartungen beeinflusst.
- Längerfristig steigt die Kapitalintensität in Abhängigkeit vom technischen Fortschritt und nicht von den Faktorpreisen: da mehr Kapital je Arbeitsplatz auch eine qualitativ andere Kapitalausstattung bedeutet, steigt die Arbeitsproduktivität mit der Kapitalintensität; da sich überdies die Lohnzuwächse an der Arbeitsproduktivität orientieren, ist die Wahl zwischen der Beibehaltung des bisherigen und der Einführung eines kapitalintensiveren Verfahrens unabhängig von den relativen Faktorpreisen.

Jede Produktionssteigerung kann auf zweierlei Weise realisiert werden (bzw. durch ihre Kombination): Im ersten Fall wird der höhere Output durch einen höheren Einsatz von Kapital und Arbeit gleicher Qualität erzielt, Produktionstechnologie, Kapitalintensität und Arbeitsproduktivität bleiben konstant. Im zweiten Fall wird der zusätzliche Output durch eine Vermehrung und damit Verbesserung der Kapitalausstattung der Arbeitsplätze und das mit diesem Prozess verbundene Lernen der Arbeitskräfte realisiert, Kapitalintensität und Arbeitsproduktivität steigen als Folge der neuen Technologie an.

Der Wachstumspfad einer Volkswirtschaft ergibt sich als Resultat der Pläne hinsichtlich der Höhe der Realkapitalbildung sowie ihrer Qualität, also der Prozesstechnologie.

Das Tempo der Realakkumulation und damit des Wirtschaftswachstums hängt von den Erwartungen der Unternehmer hinsichtlich folgender Faktoren ab:

- Dynamik der Nachfrage, insbesondere des privaten Konsums, der Nachfrage des Staates, sowie der Exporte und damit auch der Wechselkurse.
- Entwicklung der Produktionskosten, insbesondere der Löhne und Zinssätze sowie der Rohstoffpreise.
- Profitabilität und Risiko realer Investitionen im Vergleich zu kurzfristig orientierten Aktivitäten auf Finanzmärkten.
- Verschuldensbereitschaft der Unternehmer, welche in hohem Maß von der Relation zwischen Zinssatz und Wachstumsrate bestimmt wird.

Die Rate des (prozess)technischen Fortschritts und damit die Zunahme der Kapitalintensität entscheiden darüber, ob das Wirtschaftswachstum stärker durch steigende Arbeitsproduktivität oder steigende Beschäftigung realisiert wird; dies hängt im wesentlichen von folgenden Faktoren ab:

- Stellenwert des Vollbeschäftigungsziels im Vergleich zu "lean production" und "shareholder value"; dominiert das erste Ziel, so wird ein beschäftigungsintensives Wachstum gefördert, im zweiten Fall ein kapitalintensives.
- Die Geschwindigkeit des prozesstechnischen Fortschritts sowie der Stellenwert der technologischen Konkurrenz: Je höher beide sind, desto stärker nimmt die Kapitalintensität zu.
- Ein hohes Qualifikationsniveau des Arbeitsangebots erleichtert die Implementierung technischer Innovationen, umgekehrt fördert ein hohes Angebot an unqualifizierten Arbeitskräften Produktionen in Niedriglohnsegmenten.
- Die Qualität der „labor relations“ und der „job protection“: Je größer die wechselseitige „Gebundenheit“ von Unternehmern und Arbeitnehmern, desto geringer ist das Risiko der (Human)Kapitalbildung; umgekehrt begünstigt ein „hire and fire“ das Entstehen von Niedriglohnjobs.
- Arbeitslosenunterstützungen, eine aktive Arbeitsmarktpolitik und eine solidarische Lohnpolitik unterstützen die Überwindung regionaler oder sektoraler „mismatches“ durch eine bessere Qualifikation der Arbeitskräfte statt durch Lohnsenkungen.

Aus dem Zusammenwirken der Quantität der Realkapitalbildung und seiner Qualität, also der Kapitalausstattung je Arbeitsplatz, ergeben sich drei Typen von Wachstumspfaden:

Lenken die Rahmenbedingungen das Gewinnstreben systematisch auf die Gütermärkte, so entwickeln sich Realkapitalakkumulation und Wirtschaftswachstum so dynamisch, dass sowohl die Beschäftigung als auch die Arbeitsproduktivität und damit die Realeinkommen kräftig wachsen; ist Vollbeschäftigung erreicht, so kann das Wirtschaftswachstum nur mehr durch eine Erhöhung und damit Verbesserung der Kapitalausstattung je Arbeitsplatz realisiert werden, die Ziele hoher Beschäftigung und steigender Effizienz ergänzen einander (wie in der Prosperitätsphase).

Verschlechtern sich die Rahmenbedingungen für die Realakkumulation nachhaltig, wird insbesondere kurzfristig-spekulative Veranlagung auf den Finanzmärkten relativ profitabler, so dämpft dies das Wirtschaftswachstum und lässt so einen Konflikt zwischen den Zielen steigender Beschäftigung und steigender Effizienz entstehen:

- Auf dem beschäftigungsintensiven Wachstumspfad wird das Effizienzpotential einer Volkswirtschaft nicht ausgeschöpft: zwar wächst die Beschäftigung, die Kapitalausstattung je Arbeitsplatz und die Arbeitsproduktivität nehmen jedoch kaum mehr zu (wie in den USA seit Anfang der siebziger Jahre).

- Auf dem kapitalintensiven Wachstumspfad steigen hingegen Arbeitsproduktivität und Reallöhne stetig an, bei gedämpftem Wirtschaftswachstum wird allerdings das Beschäftigungspotential nicht ausgeschöpft: die Arbeitslosigkeit steigt (wie in Deutschland seit Anfang der siebziger Jahre).

Welcher von den drei Wachstumspfaden realisiert wird, hängt von den angeführten Bestimmungsfaktoren für die Entwicklung von Realakkumulation und Kapitalintensität ab; im Hinblick auf die makroökonomischen Rahmenbedingungen lassen sich zwei „Anreizsysteme“ unterscheiden, Realkapitalismus und Finanzkapitalismus. Im Hinblick auf das Verhältnis von Markt zu Staat als „Steuerungssysteme“, also auf die mesoökonomischen Rahmenbedingungen, kann man zwischen dem „Laisser-faire-Modell“ und dem „Wohlfahrtsstaats-Modell“ differenzieren.

3.1 Die makroökonomischen Rahmenbedingungen: Realkapitalismus und Finanzkapitalismus

Das generelle Unterscheidungskriterium zwischen dem die Nachkriegsentwicklung bis Anfang der siebziger Jahre prägenden Realkapitalismus und dem seither wirksamen Finanzkapitalismus besteht in der relativen Attraktivität von Aktivitäten auf Gütermärkten im Vergleich zu solchen auf Finanzmärkten:

- Das Realkapitalismus stellt ein solches „Anreizsystem“ dar, welches das Gewinnstreben auf langfristig orientierte Investitionen und Innovationen auf Gütermärkten lenkt, also auf realwirtschaftliche Spekulationen. Dazu tragen insbesondere bei: feste Wechselkurse, niedrige Zinssätze, stabile Rohstoffpreise, mäßig steigende Aktienkurse, eine aktive Konjunktur-, Wachstums- und Beschäftigungspolitik, kooperative Gestaltung der „labor relations“, sinkende Einkommensungleichheit und damit auch Nachfragestimulierung. Unter diesen Bedingungen lässt sich Kapital in der Realwirtschaft viel leichter vermehren als in der Finanzwirtschaft. Die damit verbundene Dynamik der Realinvestitionen bewirkt ein anhaltend hohes Wirtschaftswachstum (der Realkapitalismus ist ein Positiv-Summenspiel, d. h. , das Streben nach Vermehrung des eigenen Kapitals vermehrt gleichzeitig auch den „Gesamtkuchen“).
- Das Finanzkapitalismus ist hingegen ein „Anreizsystem“, welches das Gewinnstreben in stärkerem Maß auf kurzfristig orientierte Investitionen und Innovationen auf Finanzmärkten lenkt, also auf finanzwirtschaftliche Spekulationen. Dazu tragen insbesondere bei: schwankende Zinssätze, Wechselkurse, und Rohstoffpreise, hohe, nämlich über der Wachstumsrate liegende Zinssätze, neue Spekulationstechniken, insbesondere durch Kombination von Futures und Optionen, Deregulierung und Rückzug des Staates von einer aktiven Wirtschaftspolitik. Diese Bedingungen verschlechtern die Möglichkeiten, das Vermögen in der Realwirtschaft zu vermehren, gleichzeitig verbessern sie die Chancen auf das „schnelle Geld“ durch Finanzspekulation. Die damit verbundene Verlagerung der Aktivitäten von den Güter- (und Arbeits-)märkten zu den Finanzmärkten dämpft das Wirtschaftswachstum. Überdies

stellen die meisten Finanztransaktionen „per se“ ein Null-Summenspiel dar (was der eine gewinnt, verliert ein anderer – berücksichtigt man überdies die Destabilisierung der Wichtigsten Preise in der Weltwirtschaft wie Wechselkurse, Zinssätze, Rohstoffpreise oder Aktienkurse, so kann auch von einem Negativ-Summenspiel gesprochen werden).

3.2 Die mesoökonomischen Rahmenbedingungen: „Laisser-faire-Modell“ und „Wohlfahrtsstaat-Modell“

Diese beiden Modelle charakterisieren zwei Arten der Aufgabenverteilung zwischen den „Steuerungssystemen“ Staat und Markt:

- Im „Laisser-faire-Modell“ beschränkt sich der Staat im wesentlichen auf die Setzung der „Spielregeln“ und die Kontrolle ihrer Einhaltung: Was, wie und für wen produziert wird, entscheiden ausschließlich die Marktprozesse.
- Im „Wohlfahrtsstaat-Modell“ greift der Staat in diese Prozesse ein mit dem Ziel, die Ungleichheit in der Vorbereitung auf das Erwerbsleben (Bildungssystem), im Erwerbsleben (Arbeitnehmerschutz) und bei Ausscheiden aus dem Erwerbsleben (Krankheits-, Unfall-, Arbeitslosen- und Pensionsversicherung) auszugleichen.

Da sich in der Gestaltung des Bildungswesens, der Arbeitsverhältnisse und der sozialen Sicherheit lange Traditionen unterschiedlicher gesellschaftspolitischer „Kulturen“ verfestigen, differieren die mesoökonomischen Rahmenbedingungen zwischen Ländern stärker als in der Zeit.

Von den großen Volkswirtschaften ist das „Laisser-faire-Modell“ am ehesten in den USA verwirklicht:

- Die Bildungseinrichtungen sind überwiegend privatwirtschaftlich organisiert.
- Die Arbeitsbeziehungen werden nicht vom Staat geregelt: es gibt keine gesetzliche Schranke für eine Praxis von „hire and fire“.
- Der Einfluss der Gewerkschaften ist gering, eine solidarische Lohnpolitik daher kaum ausgeprägt.
- Eine sozialstaatliche Absicherung gegen Einkommensverluste als Folge von Arbeitslosigkeit, Krankheit, Unfall oder des Pensionsantritts gibt es kaum.

Das für die meisten Länder Kontinentaleuropas charakteristische „Wohlfahrtsstaat-Modell“ wird durch folgende Merkmalskombination geprägt:

- Ein überwiegend vom Staat organisiertes Bildungssystem, das auf eine einheitliche Qualifikation der Absolventen der jeweiligen Ausbildungsstufe abzielt.
- Ein auf mehrfache Weise ausgebauter Arbeitnehmerschutz.

- Eine relativ zu den USA starke Machtposition der Gewerkschaften.
- Ein umfassendes System der sozialen Sicherheit.

3.3 Kombinationen von Real- oder Finanzkapitalismus mit dem „Laisser-faire-“ oder „Wohlfahrtsstaat-Modell“

Entsprechend der nach Perioden unterschiedlichen makroökonomischen und der nach Ländern unterschiedlichen mesoökonomischen Rahmenbedingungen lassen sich vier Entwicklungskombinationen unterscheiden.

Die Kombination „Realkapitalismus & Wohlfahrtsstaat-Modell“ prägte den Wachstumspfad der europäischen Länder bis Anfang der siebziger Jahre: Bei stabilen monetären Rahmenbedingungen, einer aktiven Konjunktur-, Wachstums- und Sozialpolitik, und einer korporatistischen Gestaltung der „labor relations“ konzentrierte sich das Gewinnstreben der Unternehmer auf Investition, Innovation und Produktion auf Gütermärkten.

Diese komplementären Bedingungen ermöglichten in Ländern wie Deutschland ein historisch einmalig hohes Wirtschaftswachstum, bereits Anfang der sechziger Jahre wurde Vollbeschäftigung erreicht; unter dieser Bedingung konnte der Wachstumspfad nur dadurch fortgesetzt werden, indem die Arbeitskräfte mit mehr und damit effizienterem Kapital ausgestattet und entsprechend weitergebildet wurden: Hohe Beschäftigung und starke Steigerungen der Arbeitsproduktivität standen in keinem Gegensatz zueinander, sondern ergänzten sich.

Die Kombination „Realkapitalismus & Laisser-faire-Modell“ charakterisierte den Entwicklungspfad der US-Wirtschaft bis Anfang der siebziger Jahre: Zwar förderten die makroökonomischen Rahmenbedingungen das Wachstum von Realkapital und Produktion, doch wurde ihr Expansionstempo durch die mesoökonomischen Rahmenbedingungen beschränkt, insbesondere das hohe Bevölkerungswachstum und der große Anteil an relativ schlecht qualifizierten Arbeitskräften übten einen Druck zur Schaffung von Arbeitsplätzen in Sektoren mit einer unterdurchschnittlichen Kapitalausstattung aus; dementsprechend blieb das Wachstum der Arbeitsproduktivität in höherem Maß hinter jenem von Deutschland zurück als das Wirtschaftswachstum insgesamt.

Die Kombination „Finanzkapitalismus & Laisser-faire-Modell“ kennzeichnet den Pfad der US-Wirtschaft seit Anfang der siebziger Jahre: Bei einer makroökonomisch verursachten Wachstumsabschwächung erweisen sich die mesoökonomischen Bedingungen als sehr „elastisch“ in der Absorption eines steigenden Arbeitsangebots, insbesondere durch Schaffung von Niedriglohnjobs; denn bei erhöhter Unsicherheit im Hinblick auf Zinssätze, Wechselkurse und Rohstoffpreise, und damit einer gedämpfter Bereitschaft der Unternehmer, sich in/an Realkapital zu binden, kann eine merkliche Ausweitung der Beschäftigung nur durch Schaffung solcher Jobs

ermöglicht werden, welche mit wenig Kapital ausgestattet sind, also geringe Kapitalkosten erfordern.

Aus diesen Gründen fiel das Wachstum der Arbeitsproduktivität in den USA noch deutlicher hinter jenes von Deutschland zurück als in der Prosperitätsphase: in dem durch das "Finanzkapitalismus" verschärften Konflikt zwischen effizientem und beschäftigungsintensivem Wachstum wurde in den USA mit der Expansion von "Niedriglohnjobs" die zweite Variante realisiert.

Die Kombination „Finanzkapitalismus & Wohlfahrtsstaatmodell“ prägt den Entwicklungspfad der kontinentaleuropäischen Länder seit Anfang der siebziger Jahre; sie zog eine wachsende Inkohärenz in ökonomischer, sozialer und politischer Hinsicht nach sich:

- Der Erfolg des "europäischen Weges" in der Prosperitätsphase trug dazu bei, dass die Kapitalausstattung je Arbeitsplatz und die Effizienz der Arbeitskräfte weiterhin in höherem Maß gesteigert wurde als in den USA; die Arbeitsproduktivität nahm stetig zu und ermöglichte steigende Realeinkommen.
- Da allerdings das Wachstum von Realkapital und Gesamtproduktion halbiert worden war, nahm die Zahl der Arbeitsplätze langsamer zu als das Arbeitsangebot, die Arbeitslosigkeit stieg markant an: im Konflikt zwischen effizientem und beschäftigungsintensivem Wachstum wurde in Europa daher die erste Variante realisiert.
- Der Widerspruch zwischen einer neoliberalen Gestaltung der makroökonomischen und der wohlfahrtsstaatlichen Organisation der mesoökonomischen Rahmenbedingungen trug in hohem Maß zur steigenden Staatsverschuldung und damit dazu bei, dass der Sozialstaat immer schwerer finanziert werden konnte; denn die im Vergleich zu den USA hohen Sozialstandards können nur dann aufrecht erhalten werden, wenn Arbeitslosigkeit ein konjunkturelles Phänomen bleibt.

Die Inkohärenz der Kombination „Finanzkapitalismus & Wohlfahrtsstaatmodell“ ließ nicht nur Arbeitslosigkeit und Staatsverschuldung stark steigen, sondern (damit) auch die Ungleichheit in der Verteilung der Einkommen und allgemein der „Entfaltungschancen“ zwischen Erwerbstätigen und Arbeitslosen, zwischen Männern und Frauen und zwischen „Jungen“ und „Alten“. Dadurch gerät die ökonomische und soziale Entwicklung in Europa immer stärker in einen Widerspruch zu den tradierten Wertvorstellungen, Lebensgewohnheiten und Erwartungen eines großen Teils der Bevölkerung.

Abschließend werden die Antworten des neoliberalen und des systemischen Erklärungsansatzes auf die zentralen Fragen der Studie miteinander verglichen.

4. Von der Vollbeschäftigung in die Beschäftigungskrise

In neoliberaler Sicht ist die Beschäftigungsentwicklung unabhängig vom Wachstumstempo. Kurzfristig verursachen zwar „demand shocks“ Beschäftigungsverluste, diese können aber nur durch die Marktkräfte wettgemacht werden und erfordern daher eine Reallohnzurückhaltung; tatsächlich blieben die Arbeitsmärkte in Deutschland zu „rigid“, die in den Rezessionen gestiegene Arbeitslosigkeit konnte so nicht wieder abgebaut werden und ist somit strukturell bedingt.

Nach der systemischen Hypothese ist die Beschäftigungsentwicklung abhängig vom Wachstum des Realkapitals und (damit) der Gesamtproduktion einerseits und von der Zunahme der Kapitalintensität andererseits, welche das Wachstum der Arbeitsproduktivität determiniert. Das Tempo der Realakkumulation hängt wieder in erster Linie von der Profitabilität von Aktivitäten auf Gütermärkten im Vergleich zu solchen auf Finanzmärkten ab.

In der Prosperitätsphase wurde das Gewinnstreben auf langfristig-spekulative Aktivitäten auf den Gütermärkten gelenkt, also auf Investitionen, Innovationen und den (internationalen) Handel. Die europäischen Volkswirtschaften expandierten in dieser Phase viel rascher als die Wirtschaft der USA, und zwar in erster Linie deshalb, weil die makro- und mesoökonomischen Rahmenbedingungen aufeinander abgestimmt waren: der wirtschaftspolitisch aktive Staat und die korporatistische Gestaltung der „labor relations“ durch Unternehmerverbände und Gewerkschaften ergänzten die realkapital- und damit wachstumsfreundlichen Makrobedingungen.

Die drei Rezessionen 1974/75, 1980/82 und 1991/93 wurden nach systemischer Sicht nicht durch unvermeidliche „Shocks“ verursacht, sondern in erster Linie durch Maßnahmen der Politik wie etwa die Aufkündigung der Goldkonvertibilität des Dollar (die nachfolgende Dollarabwertung entwertete die Exporterlöse der OPEC-Länder und trug so zu den beiden „Ölpreisschocks“ bei), die Hochzinspolitik der USA 1979/1981 (diese induzierte eine enorme Aufwertung des Dollar und damit auch der Dollarschulden der Entwicklungsländer, und trug so zur Schuldenkrise 1982 bei) oder die Hochzinspolitik der Bundesbank 1989/92 und der dadurch (mit)verursachte Zusammenbruch fester EWS-Wechselkurse.

Die Hauptursache für die langfristige Abschwächung des Wirtschaftswachstums liegt in der Verlagerung des „Vermehrungsdrangs“ des Kapitals von den Gütermärkten zu den Finanzmärkten: einerseits erhöhten instabile Zinssätze, Wechselkurse und Rohstoffpreise die Unsicherheit hinsichtlich der Profitabilität von Realinvestitionen sowie ihre Finanzierungskosten, andererseits bot genau diese Entwicklung neue Gewinnchancen für kurzfristig-spekulative Aktivitäten. Deren Expansion steigerte wiederum die Volatilität der wichtigsten Finanzmarktpreise, was in einem „feedback“ die Realakkumulation weiter dämpfte.

Der Übergang vom Realkapitalismus zum Finanzkapitalismus und damit von Vollbeschäftigung zur Arbeitslosigkeit markant darin zum Ausdruck, dass der (überwiegend von den Notenbanken gesteuerte kurzfristige) Zinssatz bis in die siebziger Jahre mittelfristig unter der Wachstumsrate lag,

seither aber fast permanent darüber, insbesondere in den europäischen Hartwährungsländern wie in Deutschland (Abbildung 4).

Als Folge dieses Regimewechsels haben die Unternehmen ihre Funktion, das Sparen der privaten Haushalte in Realkapital und damit auch in Arbeitsplätze zu transformieren, in viel geringerem Maß erfüllen können als bis Anfang der siebziger Jahre: denn nur wenn der Zinssatz unter der Wachstumsrate liegt, können Schuldner mehr Kredite aufnehmen als sie an Zinsen für die "Altschulden" zu zahlen haben, ohne dass ihr Schuldenstand rascher wächst als das BIP; ein positives Zins-Wachstums-Differential zwingt sie hingegen, ihre Kreditaufnahme und damit auch ihre Investitionen zu reduzieren.

Abbildung 4: Zins-Wachstums-Differential



5. Die unterschiedliche Beschäftigungsentwicklung in den USA und in Europa

In neoliberalen Kontext ist die höhere (Lohn)Flexibilität der amerikanischen Arbeitsmärkte die wichtigste Ursache, warum die Arbeitslosigkeit in den USA seit Anfang der siebziger Jahre weniger gestiegen ist als in Europa: es gibt keinen nennenswerten Arbeitnehmerschutz, die Mindestlöhne sind niedrig, der Einfluss der Gewerkschaften ist schwach, die „Reallohnansprüchlichkeit“ der Arbeitnehmer blieb auch durch die niedrigen Arbeitslosenunterstützungen gering.

Nach der systemischen Hypothese nahm mit dem Realzinsniveau und mit den Gewinnchancen von Finanzspekulation auch die „Renditeansprüchlichkeit“ des Realkapitals zu („shareholder-value“); eine höhere Profitabilität realer Investitionen erforderte eine Umverteilung zugunsten der Gewinne, also ein „Drücken“ des Reallohnwachstums unter die Steigerung der Arbeitsproduktivität, was auf zweierlei Weise realisiert werden kann:

- Steigerung der Arbeitsproduktivität durch Forcierung von Rationalisierungsinvestitionen: diese erhöhen und verbessern die Kapitalausstattung je Arbeitsplatz und konzentrieren sich auf Sektoren mit überdurchschnittlicher Kapitalintensität, insbesondere die Industrie.
- Senkung der Reallöhne und Konzentration der Produktion auf solche Sektoren, in denen überwiegend wenig qualifizierte Arbeitskräfte verwendet werden, kombiniert mit einer geringen Kapitalausstattung je Arbeitsplatz, insbesondere im traditionellen Dienstleistungsbereich.

In den USA trug das hohe Angebot an wenig qualifizierten Arbeitskräften gemeinsam mit der geringen „Verbindlichkeit“ der Arbeitsbeziehungen, den niedrigen Arbeitslosenunterstützungen und den schwachen Gewerkschaften in ihrem Zusammenwirken dazu bei, dass sich das Wachstum auf den Bereich der traditionellen Dienstleistungen konzentrierte: Arbeitsproduktivität und Reallöhne stagnierten, die Zahl der „working poor“ nahm ebenso zu wie die Ungleichheit in der personellen Einkommensverteilung, gleichzeitig stieg die Beschäftigung permanent an.

In Deutschland trugen das hohe Niveau und die geringe Streuung der Qualifikation der Arbeitskräfte gemeinsam mit der korporatistischen Gestaltung der Arbeitsbeziehungen und des relativ „engmaschigen“ Netzes der sozialen Sicherheit dazu bei, dass die Kapitalausstattung je Arbeitsplatz erhöht und die Arbeitsproduktivität durch diese Rationalisierungsprozesse permanent gesteigert wurde; gleichzeitig blieb die personelle Einkommensverteilung stabil.

Vereinfacht ausgedrückt: unter den Bedingungen des „Finanzkapitalismus“, hat sich die Dynamik der Realakkumulation in beiden Ländern verlangsamt, in Deutschland konzentrierten sich die Investitionen auf die Schaffung weniger, relativ teurer und hochproduktiver Arbeitsplätze, in den USA verteilte sich hingegen das zusätzliche Realkapital auf viele, relativ billige und weniger produktive Arbeitsplätze.

In dieser Entwicklung kommt zum Ausdruck, dass die Destabilisierung der Rahmenbedingungen für die Realakkumulation die Beschäftigungslage in einem Land mit einem hohen Anteil an kapitalintensiver Sachgüterproduktion und einer (dementsprechend) hohen Exportquote wie Deutschland viel stärker beeinträchtigen muss als in einem Land mit einem hohen Produktionsanteil der traditionellen Dienstleistungen und einem relativ geringen Gewicht der Außenwirtschaft wie die USA.

Seit Anfang der neunziger Jahre haben sich überdies die makroökonomischen Rahmenbedingungen in den USA und Deutschland stark unterschiedlich entwickelt:

- In den USA förderten die Niedrigzinspolitik, der unterbewertete Dollarkurs, die Stärkung der Kaufkraft der „working poor“ durch die Ausweitung der negativen Einkommenssteuer und die „nachfrageschonende“ Budgetkonsolidierung durch den höheren Grenzsteuersatz (wieder) Aktivitäten auf den Gütermärkten, insbesondere Investitionen und Export.

- In Deutschland ergab sich durch die Hochzinspolitik der Bundesbank, die DM-Aufwertung, die nachfragedämpfende Budgetpolitik sowie den starken Inflationsrückgang und damit anhaltend hohe Realzinsen eine genau gegenteilige Entwicklung.

Erstmals in der Nachkriegszeit entwickelte sich die Arbeitslosigkeit in Deutschland und den USA mittelfristig markant gegenläufig, während sie in den USA sank, stieg sie in Deutschland immer mehr an. Dazu hat in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre auch der Aktienboom beigetragen: die Vermögenseffekte der dramatischen (wenn auch „fiktiven“) Höherbewertung der Aktien stimulierte den privaten Konsum und damit das Wirtschaftswachstum (diese Effekte waren in Europa trotz eines ähnlich starken „bubble“ deshalb kaum vorhanden, weil der Aktienbesitz sehr konzentriert ist und Pensionsfonds nur geringe Bedeutung haben).

Der Zusammenbruch des Aktienbooms trug wesentlich zur Rezession im Jahr 2001 und die seither anhaltend schwache Wirtschaftsentwicklung bei. Wie schon Anfang der neunziger Jahre reagierte die US-Politik darauf mit einer ausgeprägt keynesianischen Geld- und Fiskalpolitik: die Zinssätze wurden drastisch gesenkt, der Budgetsaldo drehte sich von einem Überschuss von ...% des BIP im Jahr 2000 in ein Defizit von ...%, die Fiskalpolitik stimulierte demnach die Wirtschaft im Ausmaß von ...BIP-Prozentpunkten.

In der EU hat sich aber die Wirtschaftspolitik nach neoliberal-monetaristischer Rezeptur selbst in ihrem Handlungsspielraum eingeschränkt, die Fiskalpolitik durch die im Vertrag von Amsterdam fortgeschriebenen Maastricht-Kriterien, die Geldpolitik durch das Statut der EZB, welches dem Geldwert Vorrang vor allen anderen Ziele einräumt. Der resultierende „Attentismus“ der Politik hat die Wirtschaft in der EU schon in den neunziger Jahren zunehmend abhängig von der US-Konjunktur gemacht. Dementsprechend schlitterten auch viele EU-Länder 2001 in eine Rezession, seither steigt die Arbeitslosigkeit wieder stark an.

6. Arbeitslosigkeit und Einkommensverteilung

Aus neoliberaler Sicht ist die steigende Ungleichheit der (Lohn)Einkommensverteilung in den USA der Preis für das hohe Beschäftigungswachstum: weil die Reallöhne auf den „demand shift against low-skilled workers“ flexibel reagierten, hätte sich die Beschäftigung viel günstiger entwickelt als etwa in Deutschland. Mehrere Beobachtungen lassen diese Interpretation allerdings fragwürdig erscheinen:

- Die Arbeitslosigkeit der „low skilled“ relativ zu den „high skilled“ ist in den USA deutlich höher als in Deutschland.
- Die relative Arbeitslosenquote der schlechter Qualifizierten ist in den meisten Industrieländern seit Mitte der achtziger Jahre gesunken.

- Dementsprechend ist die Arbeitslosigkeit für sämtliche Qualifikations- und Berufsgruppen langfristig gestiegen.

Aus systemischer Sicht ist das Verhältnis von Einkommensverteilung und Arbeitslosigkeit in hohem Maß von den gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen abhängig: verschlechtern sich diese nachhaltig, so verursacht eine (weiter) steigende Produktionseffizienz eine Zunahme der Arbeitslosigkeit, welche die Reallöhne dämpft und die Ungleichheit in der Einkommensverteilung erhöht. Ein Vergleich der Entwicklung in den USA und Deutschland seit Anfang der siebziger Jahre verdeutlicht diese Zusammenhänge:

- In den USA ist die Arbeitsproduktivität langfristig kaum mehr gestiegen (das starke Wachstum in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre ließ gemeinsam mit dem hohen Beschäftigungsniveau allerdings auch die Arbeitsproduktivität deutlich ansteigen), bei gedämpftem Wirtschaftswachstum wurde ein steigender Teil der „labor force“ in solchen Bereichen beschäftigt, in denen die Kapitalausstattung, die Qualifikationsanforderungen und die Entlohnung der Arbeitskräfte unter dem gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt liegen.
- In Deutschland sind hingegen Arbeitsproduktivität und Reallöhne in den letzten 25 Jahren weiter gestiegen, die steigende Effizienz der deutschen Wirtschaft ließ bei schwachem Wachstum die Arbeitslosigkeit stark zunehmen; dies dämpfte den Anstieg der Reallöhne und die Lohnquote ging zurück.

Nach systemischer Sicht hat die Organisation des Bildungswesens einen erheblichen Einfluss auf die Entwicklung von Arbeitsproduktivität, Reallohn(anspruchlichkeit), Arbeitslosigkeit und Einkommensverteilung:

- Das überwiegend privatwirtschaftlich organisierte Bildungssystem der USA „produziert“ auf allen Stufen Absolventen mit einer relativ großen Streuung ihrer Ausbildungsqualität; dem entspricht ein hohes Angebot an Jobs, welche keine spezifischen Qualifikationen erfordern.
- Das deutsche Bildungssystem ist in hohem Maß darauf ausgerichtet, auf allen Stufen bzw. Ausbildungszweigen einheitliche Qualitätsstandards sicherzustellen, der Anteil von "low-skill jobs" ist deshalb in Deutschland wesentlich kleiner als in den USA.

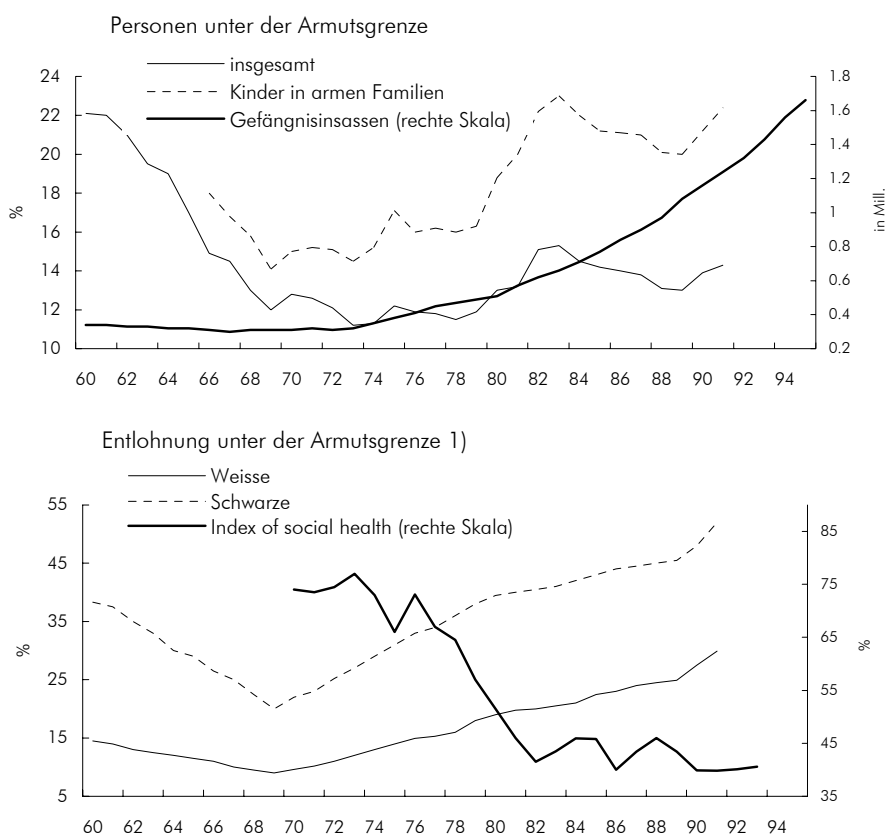
7. Arbeitslosigkeit, Armut und soziale Kohärenz

In systemischer Sicht kann das Anwachsen von Arbeitslosigkeit oder der Ungleichheit in der Einkommensverteilung durch ökonomische Variable allein nicht erklärt werden, sondern nur im Kontext der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung.

Die mit dem Finanzkapitalismus verbundenen Tendenzen zu sozialer Desintegration manifestieren sich in (Kontinental)Europa in erster Linie in der steigenden Arbeitslosigkeit; die Folgeprobleme wie

wachsende Einkommensungleichheit, Armut, soziale Ausgrenzung und steigende Kriminalität konnten hingegen durch die Systeme der sozialen Sicherheit in Grenzen gehalten werden.

Abbildung 5: Indikatoren der sozialen Entwicklung in den USA



1) Männliche High-School-Absolventen zwischen 25 und 34 Jahren mit einer vierköpfigen Familie.

In den USA zwang das schwache Wachstum „guter“ Arbeitsplätze angesichts eines wenig ausgebauten Sozialstaats immer mehr Menschen, schlecht bezahlte Jobs anzunehmen. Die mit dem Finanzkapitalismus verbundene Ineffizienz der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung manifestierte sich somit in den USA in Begleiterscheinungen wie der steigenden Einkommensungleichheit, der wachsenden Armut, insbesondere in den Randschichten der Gesellschaft, und der Kriminalität (Abbildung 5 - diese Tendenzen haben sich in den späten neunziger Jahren allerdings abgeschwächt, primär als Folge des starken Wirtschaftswachstums und des hohen Beschäftigungsniveaus):

- Der Anteil von Kindern in Haushalten mit einem Pro-Kopf-Einkommen unter der Armutsgrenze ist zwischen 1973 und 1994 von 14% auf 22% gestiegen.
- Während 1969 10% der weißen und 20% der schwarzen männlichen High-School-Absolventen weniger verdienten als nötig, um eine vierköpfige Familie über der Armutsgrenze zu erhalten, waren es 1991 50% bzw. knapp 30%. Die Zunahme der Frauenerwerbstätigkeit sowie von Mehrfachjobs dürfte deshalb auch eine Folge der sinkenden Reallöhne sein.
- Der „Index of Social Health“, welcher die soziale Effizienz einer Gesellschaft als Gesamtsystem abschätzt, verschlechterte sich für die USA seit 1970 deutlich.
- Zwischen 1973 und 1995 hat sich die Zahl der Strafgefangenen verfünffacht, sie stieg von 0,33 auf 1,66 Millionen Menschen, 1995 saßen etwa 2% der männlichen „labor force“ der USA im Gefängnis, der Anteil der Schwarzen war etwa achtmal so hoch wie der Weißen (6,9% gegenüber 0,9%).

8. Wirtschaftspolitische Schlussfolgerungen

In systemischer Sicht muss eine effiziente Bekämpfung der Arbeitslosigkeit auf die Rahmenbedingungen der jeweiligen Gesellschaft „zugeschnitten“ sein (im Gegensatz zum neoliberalen Ansatz, für den nur der „laisser-faire“-Weg richtig ist). Eine Gesamtstrategie in der EU sollte deshalb in einer Erneuerung des „europäischen Modells“ bestehen, das unter dem Begriff „soziale Marktwirtschaft“ in der ersten Hälfte der Nachkriegszeit Prosperität bei Vollbeschäftigung und ein hohes Maß an sozialer Integration und Kohärenz ermöglichte; eine solche Gesamtstrategie müsste sich an folgenden Leitlinien orientieren:

- Nicht der Marktmechanismus allein entscheidet über die ökonomische und soziale Entwicklung, sondern ein „Mix“ zwischen den Steuerungssystemen „Konkurrenz auf Märkten“ und „Kooperation in der Politik“.
- Sowohl innerhalb der Betriebe als auch auf den verschiedenen Ebenen der Politik verfolgen Unternehmer und Arbeitnehmer ihr Interesse nicht primär gegeneinander, sondern kooperativ.
- Die Interessen des Finanzkapitals werden der Expansion des Realkapitals untergeordnet: das unternehmerische Gewinnstreben wird auf Investition, Innovation, Produktion und Handel auf Gütermärkten gelenkt und damit indirekt auf die Schaffung von Arbeitsplätzen.
- Alle Entscheidungsträger der Wirtschaftspolitik - sowohl innerhalb der einzelnen Länder als auch auf EU-Ebene - sollten beim Einsatz ihrer Instrumente mehrere Ziele simultan berücksichtigen wie Beschäftigungswachstum, Preisstabilität, längerfristig ausgeglichenes Budget, soziale Integration, insbesondere Vermeidung von Armut.

Die wichtigsten Elemente einer Gesamtstrategie zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit auf der Ebene der EU, insbesondere aber in den einzelnen Mitgliedsländern, könnten sein:

- Als „Prophylaxe“ gegen „Ölpreisschocks“ und internationale Schuldenkrisen (sie werden regelmäßig durch Kursschwankungen des Dollar ausgelöst) sollte die Realisierung der Europäischen Währungsunion zum Anlass genommen werden, die Wechselkurse zwischen Dollar, Euro und Yen zu stabilisieren.
- Die Euro-Leitzinsen sollten auf einem solchen Niveau stabil gehalten werden, das sicherstellt, dass die für den Unternehmenssektor relevanten Kreditzinsen die Wachstumsrate in der EU nicht übersteigen und im „Idealfall“ sogar leicht unterschreiten.
- Die Zinspolitik sollte sich daher an der Förderung der unternehmerischen Realinvestitionen orientieren und nicht zum Zweck der Inflationsbekämpfung eingesetzt werden; denn Zinssteigerungen erhöhen die Produktionskosten und dämpfen die Inflation nur über eine (vermeidbare) Rezession.
- Ein deutlich niedrigeres Zinsniveau in Europa würde auch zu einer mäßigen Aufwertung des (weiterhin unterbewerteten) Dollar gegenüber dem Euro beitragen (werden die Wechselkurse auf einem der Kaufkraftparität entsprechenden Niveau stabilisiert, müsste zuvor der Dollar gegenüber dem EURO aufwerten).
- Zur Verbesserung der europäischen Infrastruktur sollten die im „EU-Weißbuch“ vorgeschlagenen Konzepte schrittweise realisiert werden; dies gilt insbesondere für die transeuropäischen Verkehrsnetze (auch im Hinblick auf die EU-Osterweiterung).
- Zusätzlich sollte eine EU-weite „Umweltoffensive“ initiiert werden, insbesondere zum Zweck einer systematischen Reduktion der Schadstoffemissionen von Unternehmen und Haushalten (Abgasreinigung, Einsatzes von Kraft-Wärme-Kupplungen, thermische Gebäudesanierung etc.).
- Da Umweltqualität und Infrastruktur „öffentliche Güter“ darstellen, ist ihre Finanzierung durch Steuern begründet; zusätzliche Einnahmen könnten im Zuge einer Harmonisierung und Ökologisierung des Steuersystems in der EU, insbesondere hinsichtlich der Finanzkapitalerträge sowie des Energieverbrauchs, aufgebracht werden.
- Um sowohl den technischen Fortschritt als auch steigende Beschäftigung zu realisieren, sollte die Lebensarbeitszeit durch flexible Arbeitszeitmodelle gesenkt werden. Die Bereitschaft der Unternehmen, eine solche Strategie mitzutragen, würde am ehesten dann erreicht werden, wenn diese Modelle gleichzeitig eine bessere Auslastung des Realkapitals ermöglichen, also Betriebs- und Arbeitszeit entkoppeln.

Der europäische Weg zur Überwindung der Arbeitslosigkeit wird um so erfolgreicher sein, je mehr Menschen sich mit ihm identifizieren und dafür mobilisiert werden können: er sollte sich auch

deshalb an jenem Gesellschaftsmodell orientieren, das den Erwartungen, Wertvorstellungen und Lebensgewohnheiten der Europäer entspricht und daher nach einem Ausgleich strebt zwischen den Prinzipien Konkurrenz und Kooperation sowie zwischen dem Eigennutz des Bürgers als individuelles und als soziales Wesen.

9. Epilog

Diese Phase im langfristigen, polit-ökonomischen Entwicklungszyklus ist allerdings noch nicht erreicht. Dazu muss zuvor die symptomorientierte Problemdiagnose neoliberaler Ökonomen und Politiker überwunden werden, also die Vorstellung: „Wo ein Problem in Erscheinung tritt, dort müssen auch seine Hauptursachen liegen“ – jene der Staatsverschuldung im Finanzministerium, jene der Arbeitslosigkeit am Arbeitsmarkt und bei den Arbeitslosen. Dazu ist ein Scheitern jener Symptomkuren nötig, die auf der neoliberalen „Weltanschauung“ beruhen.

Im Hinblick auf das Problem der Staatsverschuldung wird dieser Punkt bald erreicht sein, das Scheitern jener Symptomkur, welche sich „Stabilitäts- und Wachstumspakt“ nennt (und weder mit dem einen noch mit dem anderen etwas zu tun hat), ist nahe.

Im Hinblick auf das Problem der Arbeitslosigkeit müssen hingegen die neoliberalen Rezepte erst mit Konsequenz umgesetzt werden, um ihr Scheitern erfahren zu können. Die meisten Vorschläge der Hartz-Kommission bieten dazu ein günstige Gelegenheit.